W-01

Nah am Menschen, stark im Wandel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2026
Sassnitz, 28. Juni 2026

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	18.06.2026
Tagesordnungspunkt:	W Nah am Menschen, stark im Wandel

Antragstext

Deutschland im Sommer 2026: Ein erschöpftes, gereiztes, Orientierung suchendes Land geht in die Sommerferien. Ein Land, das nach Halt sucht, sich Sorgen um den Zusammenhalt macht. Viele haben das Gefühl, dass die Gemeinschaft auseinanderdriftet, dass nicht mehr selbstverständlich ist, was uns lange getragen hat. Gleichzeitig kommen viele Menschen zusammen, um gemeinsam etwas zu schaffen, sei es im Job, in Vereinen oder in der Nachbarschaft. Menschen arbeiten gemeinsam an Projekten, unterstützen sich im Alltag oder schauen einfach gemeinsam Fußball. Sie investieren, allen politischen Fehlentscheidungen zum Trotz, in die Transformation, beweisen Risikobereitschaft und übernehmen Verantwortung.

Es ist keine normale Zeit, kein normales Jahr, kein normaler Sommer. Es ist der Sommer, in dem sich Demokrat*innen darüber bewusst werden müssen, was es zu bewahren, was es zu erkämpfen gilt. Es ist der Sommer, in dem sie alle Überzeugung, alle Kraft, alle Kreativität, alle Entschlossenheit mobilisieren müssen. In Sachsen-Anhalt steht die Frage im Raum, ob erstmals seit 1945 eine Partei in der Traditionslinie der Nationalsozialisten, eine verfassungsfeindliche Partei, nicht nur Diskursmacht erhält, sondern auch Regierungsmacht übertragen bekommt. Dieses Szenario ist den Umfragen zufolge weder ausgemacht noch ausgeschlossen. Es kann aber auch ganz anders kommen.

Für Resignation, für Fatalismus und Trägheit gibt es keinen Anlass, ganz im Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Einsatz lohnt und dass er wirkt. Als Demokrat*innen gehen wir selbstbewusst und mit geradem Rücken und skizzieren, was sich alles erreichen lässt. Wir wollen das Versprechen erneuern, dass Veränderung Verbesserung bedeuten kann. Hoffnung ist keine naive Haltung, Hoffnung ist eine politische Praxis. Hoffnung heißt nicht: „Alles wird gut.“ Hoffnung heißt: Es ist noch nicht entschieden und Handeln ändert etwas.

In dieser Zeit braucht es eine Bundesregierung, die das Land stabilisiert, die Halt und Orientierung gibt und die Hoffnung und Zuversicht stiftet. Die Verunsicherung ist real. Und sie hat handfeste Gründe. Viele Menschen sorgen sich vor einer Ausweitung des Krieges in Europa. Diese Sorge nehmen wir ernst, und wir geben darauf eine klare Antwort: Sicherheit entsteht nicht durch Beschwichtigung, sondern durch verantwortungsvolle Stärke. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und zu unserer Unterstützung für ihre Verteidigung. Wir wissen, dass Deutschlands Sicherheit in einem geeinten, handlungsfähigen Europa am besten aufgehoben ist. Europäische

Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck, sondern unser stärkster Schutz gegen Aggressoren von außen und gegen das Chaos, das Trump in die Welt bringt.

Sicherheit heißt für uns auch Sicherheit vor wirtschaftlichem Abstieg, Sicherheit in der Energieversorgung, ein verlässlicher Sozialstaat. Für nicht wenige ist allein durch gestiegene Sprit- und Kerosinkosten der lange geplante Urlaub nicht drin oder wird eingeschränkt. Die Unsicherheit, was im Herbst, im Winter oder im nächsten Jahr an zusätzlichen Belastungen kommen mag, ist groß. Unsere Volkswirtschaft in einer andauernden strukturellen Krise, die Sorge um wirtschaftlichen und in der Folge auch persönlichen Abstieg treibt die Menschen um.

Wir stehen vor zentralen Weggabelungen: Lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit und lösen wir uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas? Oder machen wir das Gegenteil, schlicht der Ideologie halber oder als Kniefall vor dem fossilen Lobbyismus? Gibt es noch Entlastung für die besonders unter den Preisen leidenden Menschen? Oder landen die mühsam zusammengesuchten Steuergelder am Ende doch zu relevantem Anteil bei den Mineralölkonzernen und nicht in den Portemonnaies der Bürger*innen? Erneuert die Politik das Versprechen, dass das Leben für die Menschen funktioniert, dass der Alltag bezahlbar ist, dass der Staat seinen Aufgaben nachkommt und jede und jeder den gleichen Zugang zu seinen Angeboten und Institutionen hat? Oder bleibt der zeitnahe Facharzttermin ein Privileg für Besserverdienende, die Kita-Betreuung vor Ort ein Glücksspiel und der Fahrplan eine grobe Orientierung?

Die Bundesregierung setzt der Verunsicherung leider wenig entgegen, sondern befeuert sie durch ständigen Streit. Tatkraft und Lösungskompetenz, Kompromissfähigkeit und Weitsicht fehlen. Die Koalitionspartner haben sich ineinander verhakt, sind von inneren Kämpfen ermattet, bewegungsunfähig, nervös und kraftlos. Das Einzige, worauf sich Union und SPD verlässlich verständigen können, sind Rückschritte im Klimaschutz – auch auf Kosten unserer Sicherheit und des Geldbeutels der Bürger*innen.

Wenn der Bundeskanzler über Mathematik und Demografie spricht, hören viele Menschen: Kälte. Härte. Kahlschlag. Kein Wunder, dass Gewerkschaften und Sozialverbände gegen den drohenden Abbau sozialer Rechte und sozialer Standards Sturm laufen. Denn das, was von der Regierung in diesen Tagen als Reform präsentiert wird, führt in Wahrheit nur dazu, dass das Leben sehr vieler Menschen schlechter und schwerer wird.

Es braucht eine klare Perspektive, wofür es sich zu kämpfen lohnt, was erreicht werden kann, wenn alle mitmachen. Eine Perspektive, dass die Belastungen gerecht ausgestaltet und fair verteilt und eben nicht einseitig bei denen abgeladen werden, die sich am wenigsten wehren können. Diese Perspektive, dieser Aufbruch fehlt. So kann man ein Land in der Krise nicht regieren, so kann man es nicht aus der Krise führen. Das Ergebnis ist eine lange nicht dagewesene Verhärtung der politischen Debatten, innerhalb der Koalition, zwischen den Sozialpartnern und in der Gesellschaft.

Während die Regierung aktuell nur Privilegien und Reichtum schützt, selbst aber keine Reformen schafft, sind wir bereit, gerecht zu reformieren, zu hinterfragen und haben Lust darauf, Neues zu gestalten. Wir sehen die Zukunft nicht nur als Risiko, sondern vor allem als große Chance.

Deshalb wollen wir diese Zuversicht raubende Dynamik des schwarz-roten Regierungsalltags durchbrechen und ihr einen hoffnungsstiftenden Zukunftsmut entgegensetzen. Bei den nötigen Reformen geht es darum, den Sozialstaat zu erhalten und nicht abzubauen. Bei den Belastungen heißt das, zuerst bei denen anzusetzen, die sie am ehesten schultern können – und nicht bei denen, die ohnehin kaum noch über die Runden kommen. Es heißt, Privilegien und Reichtum nicht unangetastet zu lassen, während alle anderen den Gürtel enger schnallen sollen.

Volle Kraft voraus

Mit dem Rückenwind aus dem Frühjahr gehen wir voller Motivation in die anstehenden Wahlkämpfe. In Hannover und Lüneburg wollen wir die Rathäuser verteidigen. In Berlin wollen wir das Rote Rathaus gewinnen. Unser Einsatz bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet nicht nur darüber, wie viele Prozente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils erreichen wird – sondern ob überhaupt noch eine stabile Regierung unter Demokrat*innen in Magdeburg und Schwerin gebildet werden kann. Dieser Verantwortung und politische Tragweite, die weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns hinausreicht, sind wir uns bewusst. Wir glauben fest an den Wiedereinzug in beide Landtage. Wir geben dafür heute ein klares Versprechen:

Diese Wahlen sind nicht die Wahlen der beiden Landesverbände allein. Es sind unsere Wahlen. Wir erleben eine Partei, die so motiviert ist wie noch nie. Dutzende Kreisverbände und hunderte Einzelpersonen aus dem ganzen Land nehmen Urlaubstage, um im Wahlkampf zwischen Rügen und Saale-Unstrut mit anzupacken. Die Spendenbereitschaft ist enorm. Unsere Landesverbände sind hochmotiviert.

Wir bauen auf der Strukturarbeit auf, die im letzten Jahr eine neue Intensität und Dimension erlangt hat. Die Zahl der Kreisverbandspartnerschaften steigt kontinuierlich. Diente der erste Ostkongress im letzten Jahr zur kritischen Bestandsaufnahme und Analyse, zeigt der diesjährige Kongress erste Konsequenzen auf. Die Präsenz des Bundesverbands in den ostdeutschen Landesverbänden hat sich spürbar gesteigert, der neu eingerichtete Vorstandsbeirat tagt und berät zu grüner Kommunikation, Sichtbarkeit vor Ort und einer stärkeren Wirksamkeit grüner Politik. Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament haben neue Büros in Brandenburg und Thüringen eröffnet. Programmatik, Haltung und Kommunikation der Bundespartei haben sich gewandelt. Wir sind zunehmend vor Ort ansprechbar und stehen an der Seite der Menschen, die sich jeden Tag für die Demokratie und eine freie Gesellschaft einsetzen.

Mit diesem Beschluss setzen wir genau dort an. Wir werben bei den Wähler*innen nicht nur dafür, die taktisch beste Wahl zu sein, um eine Machtübertragung an Rechtsextreme zu verhindern. Wir haben konkrete Vorschläge, die das Leben in

Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im ganzen Land verbessern, im Hier und Jetzt und für das Morgen.

Wir sind uns der unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen bewusst. Ja, es gibt strukturelle Unterschiede. Doch der Abbau der Unterschiede ist nicht nur eine Entwicklung für diese Region, er ist Herausforderung für Alle. Es geht darum, strukturelle Gerechtigkeitslücken zu schließen und neue Perspektiven zu schaffen.

Energie, die sich rechnet

Saubere Energie ist nicht Verzicht, sondern der günstigste Weg zu bezahlbarem Strom, neuer Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen vor Ort. Wir sorgen dafür, dass die Kostenvorteile der günstigen Erneuerbaren endlich dort ankommen, wo die Energiewende gemacht wird – gerade in Ostdeutschland. Das ist gerecht: In den ostdeutschen Ländern decken die Erneuerbaren schon rund 75 Prozent der Stromversorgung – weit mehr als der Bundesschnitt von rund 56 Prozent. Mehr als ein Drittel der rund 30.000 Windenergieanlagen an Land stehen im Osten – pro Kopf dreimal so viele wie anderswo, beim Solarstrom fast doppelt so viel. Die ostdeutschen Länder sind Energieregionen und sollen es bleiben. Gleichzeitig gilt: Wer die Energiewende so trägt, soll zuerst von ihr profitieren. Als Bündnisgrüne haben wir die EEG-Beteiligung der Kommunen von 0,2 Cent je Kilowattstunde umgesetzt. Das bringt Geld für Schulen, Feuerwehr und Kitas. Jetzt braucht es Beteiligungsgesetze in allen Ländern– gut, dass es sie jetzt schon an vielen Stellen gibt. Vor Ort hat das spürbare Vorteile: von günstigeren Strompreisen bis zu Cash in die kommunalen Kassen.

Dafür setzen wir auf regionale Preissignale, dynamische Netzentgelte und Energy Sharing. Regionale Preissignale machen Wind- und Sonnenstrom dort günstig, wo die Anlagen stehen – effizienter, günstiger, mit direkter Teilhabe. Die genaue Zahl der Regionen bzw. auch ein langfristiger Übergang zu knotenscharfen Preisen (Nodal Pricing) ist dabei so zu gestalten, dass der Zuschnitt die Netze entlastet, die Systemsicherheit und Stabilität stärkt, unsere industriellen Kerne erhält, neue Produktionen ermöglicht und den Markt liquide hält. Eine Aufteilung in nur zwei Gebotszonen lehnen wir klar ab: Anders als ein netzscharfer Zuschnitt folgt sie keiner Engpassgrenze, sondern einer politischen Linie – sie würde das Land spalten, ohne die Kostenvorteile für alle zu heben. Gleichzeitig steuern wir mit dynamischen Netzentgelten Flexibilität und netzdienliche Speicher marktwirtschaftlich. Wer Strom nutzt, wann und wo er entsteht, wird belohnt. Dafür starten wir eine Digitalisierungsoffensive für die Netze mit Standards für digitale Anschlussverfahren, transparenten Informationen und einem geordneten Verfahren zur Priorisierung knapper Anschlusskapazitäten. Individuelle Netzanschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreiber und Netznutzenden genauso wie die sogenannte Überbauung schaffen zusätzliche Kapazität, um bestehende Netze bestmöglich zu nutzen und Ausbau zu vermeiden. Mit Energy Sharing teilen Bürger*innen, Genossenschaften und Betriebe selbst erzeugten Strom in der Nachbarschaft. Das ermöglichen wir endlich und machen es, wo netzdienlich, finanziell attraktiv. Erneuerbare-Energien-Anlagen, Batteriespeicher, Rechenzentren oder Industriebetriebe sollen nicht länger auf

den Netzausbau warten müssen. Dafür synchronisieren wir Anschluss- und Ausbauplanung und beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Netze konsequent weiter.

Wir wollen ermöglichen und nicht abwürgen, wie es bei Umsetzung der aktuellen Vorschläge der Bundesregierung zum Netzengpassmanagement drohen würde. Wir wollen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und Energiemarktakteuren verlässliche Regeln entwickelt, die die regionalen Unterschiede beim Stand der Energiewende und dem Netzausbau berücksichtigen. Auch die Verteilnetzplanung muss dafür verbindlicher werden. Wir müssen die Pflicht der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau erhalten, um die Energiewende nicht zu gefährden.

Mit Märkten, die die Realität im Netz abbilden, sorgen wir für grüne Energie aus der Region, für die Region. All das macht Strom günstiger, Heizen, Kühlen und Elektromobilität wird bezahlbarer. So verdrängen wir über eine schnellere Elektrifizierung Öl und Gas. Hierfür haben wir im vergangenen Herbst bereits umfassende Beschlüsse vorgelegt. Davon profitiert das ganze Land: weniger Netzengpässe und teure Noteingriffe, weniger neue Gas-Kraftwerke, ein stabiles Stromsystem auch in unruhigen Zeiten, die Systemkosten fallen für alle. Die wenigen Back-up-Kraftwerke, die wir für die Systemstabilität noch brauchen, laufen zu Beginn mit Gas, dann mit grünem Wasserstoff.

Gerade im Sommer gilt: Wer sein E-Auto mittags lädt, dem schickt die Sonne keine Rechnung. Mit dem Solarbonus geben wir 600 kostenlose Sonnenstunden an Haushalte und Betriebe weiter. Regionen mit über 100 Prozent erneuerbarer Erzeugung bekommen 300 Stunden extra. Wo Strom günstig und sauber ist, siedeln sich Rechenzentren, grüner Wasserstoff und neue Industrien an. Das bedeutet Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort. Gleichzeitig gilt: Kein bestehender Industriestandort wird schlechtergestellt; stromintensive Betriebe – egal wo – schützen wir vor Mehrkosten, etwa über einen Industriestrompreis finanziert mit den Effizienzgewinnen der Reform. So macht sich die Energiewende mit schwarzen Zahlen auf der Stromrechnung bezahlt – fair für die Regionen, günstiger für alle, stark für den Standort.

Starke Wirtschaft durch Innovation

Wir streiten für einen starken Wirtschaftsstandort. Dafür braucht es weniger Bürokratie, günstigere Energie, mehr Fachkräfte und ausreichend Investitionen in Infrastruktur. Aber die Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft sind Forschung an neuen Technologien und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Neue Unternehmen mit modernen, nachhaltigen Technologien helfen auch dabei, strukturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland abzubauen.

Grüne Wirtschaftspolitik vereint Innovation, Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit: regionale Wertschöpfung statt fragiler Abhängigkeiten, eigene Technologieführerschaft statt verlängerter Werkbank, nachhaltige Investitionen statt kurzsichtiger Profitorientierung.

Innovation entsteht im Mittelstand. Wir wollen Investitionen fördern, indem wir Gewinne, die in Forschungs-, Innovations-, oder Modernisierungsinvestitionen

fließen, besserstellen als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns konsequent für den Mittelstandsfonds ein, der durch öffentliches und gehebeltes privates Kapital eine wichtige Lücke bei der Finanzierung von mittelständischen Investitionen schließen würde. Außerdem braucht der Mittelstand Fairness in der Unternehmensbesteuerung, die wir durch konsequente Besteuerung von multinationalen Konzernen erreichen wollen.

Innovation entsteht in Start-Ups. Wir wollen es Pensionskassen und Versicherungen ermöglichen, stärker in Venture-Capital-Fonds zu investieren und so Wachstumsfinanzierung für Start-Ups bereitzustellen. Damit ein europäisches Start-Up künftig nicht 27-mal Recht, Steuern und Bürokratie neu anwenden muss, wenn es in Europa wachsen will, fordern wir eine schnelle Einführung einer neuen europäischen Rechtsform als sogenanntes 28. Regime.

Innovation entsteht in der Forschung. Es braucht eine gezielte Stärkung der Hochschulfinanzierung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Um Ausgründungen und IP-Transfers aus Hochschulen zu fördern, verschaffen wir den Start-Up-Factories einen Schub und stärken die EXIST-Hochschulförderung in der Breite.

Entlastung, die da ankommt, wo sie gebraucht wird

Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden am meisten unter steigenden Preisen. Sie brauchen strukturelle Entlastung und das klare Zeichen, dass sich Mehrarbeit auch finanziell lohnt. Der Staat muss den arbeitenden Menschen ein angemessenes und ausreichendes Einkommen ermöglichen. Das ist nicht nur ein Gebot der grundlegenden Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft und Motor der Binnennachfrage.

Wir wollen den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben. Das bedeutet für eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern eine Entlastung von rund 120 bis 150 Euro im Jahr. Den Arbeitnehmerpauschbetrag wollen wir auf 1.500 Euro erhöhen und so auch für eine deutliche Bürokratieentlastung sorgen. Für sehr hohe Einkommen wollen wir eine neue Tarifstufe einführen. Ab einem zu versteuernden Einkommen von 120.000 Euro soll diese bei 45 Prozent starten und ab 250.000 Euro bei 48 Prozent liegen.

Um sowohl diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen als auch Unternehmen zu entlasten, müssen wir auch die Sozialabgaben angehen und ihren Anstieg bremsen. Die Bundesregierung hat zum Beispiel die Chance verpasst, die Krankenkassenbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken. Das hätte eine vierköpfige Familie mit mittlerem Einkommen um rund 800 Euro pro Jahr entlastet. Wir unterstützen jene Vorschläge der Kommission zur Modernisierung des Sozialstaats, die dazu führen, dass Sozialleistungen Menschen einfacher und verständlicher erreichen und die gleichzeitig Einsparpotenziale bieten. Entscheidend sind einheitliche Definitionen, Vereinfachung, Digitalisierung und Automatisierung.

Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von steigenden Preisen überdurchschnittlich betroffen. Sie brauchen unsere vorrangige Unterstützung. Die Anrechnungsregeln beim Unterhaltsvorschuss sollen so reformiert werden, dass

künftig mindestens die Hälfte des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden ankommt. Das Ehegattensplitting soll für neue Ehen weiterentwickelt und der Splittingvorteil auf die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags begrenzt werden. Das eingesparte Geld soll durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags bei den Familien bleiben, wodurch gerade Familien mit geringem Einkommen profitieren. Um die Vereinbarkeit von Job, Haushalt und Betreuung zu erhöhen, führen wir ein Gutscheinmodell ein, mit dem Familien Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen erhalten. Außerdem wollen wir die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich erhöhen.

Angesichts der zweiten fossilen Energiepreiskrise in wenigen Jahren braucht es auch hier Entlastungen an der richtigen Stelle. Die Stromsteuer muss endlich für alle gesenkt werden, für Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen, nicht nur für die große Industrie. Das entlastet sofort und setzt gleichzeitig den richtigen Anreiz Richtung Elektrifizierung. Eine Senkung der Netzentgelte durch geringere Kosten beim Netzausbau und die Einführung eines Amortisationskontos, dass die Kosten über mehrere Generationen verteilt, würde die Menschen und Betriebe zusätzlich bei der monatlichen Stromrechnung entlasten.

Fast die Hälfte der Bürger*innen hat keine 2.000 Euro an Rücklagen. Sie stehen bereits aufgrund einer kaputten Waschmaschine mit dem Rücken zur Wand. Wir wollen den Sparerpauschbetrag von 1.000 Euro auf 2.000 Euro erhöhen, den Zuschuss der Arbeitnehmer-Sparzulage fürs Fondssparen deutlich erhöhen und die private Altersvorsorge durch einen Bürgerfonds mit automatischer Teilnahme für alle bei Nichtwiderspruch stärken.

Damit diese Entlastungen finanziert werden können, müssen wir die existierenden, offensichtlichen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Bei der Erbschaftssteuer wollen wir die 300-Wohnungen-Regelung und die 26-Millionen-Regel abschaffen. Gewinne aus Krypto-Verkäufen müssen endlich besteuert werden. Digitalkonzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne ins Ausland verschieben können, sondern sollen künftig 10 Prozent Digitalsteuer auf Umsätze in Deutschland entrichten. Und ein stärkerer Einsatz gegen Finanzkriminalität versteht sich eigentlich von selbst. Der jährliche Schaden durch Steuerhinterziehung wird immerhin auf über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Bildung und Kultur vor Ort: Zukunftschancen für alle!

Bildung ist die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft und unserer innovativen Wirtschaft. Bildung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Bei der Bildung zu kürzen, ist nicht nur eine soziale Bankrotterklärung, sondern wird unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig enorm schaden. Für uns ist klar: Jedes Kind sollte gerechte Chancen auf gute Bildung haben.

Gerade in sehr ländlichen Regionen wird dieser Anspruch durch Schulschließungen und mangelnde Kinderbetreuung gefährdet. Es braucht mehr Investitionen in Bildungseinrichtungen vor Ort, etwa durch eine Ausweitung des Startchancen-Programms. Auch in sehr ländlichen Regionen sollte die nächste Kinderbetreuung

idealerweise nicht weiter als 15 Minuten entfernt sein und örtliche Grundschulen erhalten bleiben.

Bibliotheken gehören zu den für alle zugänglichen Orte für Bildung und Begegnung. Sie unterstützen gerade dort, wo Kinder zu Hause weniger Möglichkeiten haben. Wir wollen, dass Bibliotheken flächendeckend erreichbar sind und ihre unabhängige Arbeit fortsetzen können.

Viele Projekte des Bundesprogramms “Demokratie leben!” sorgen für Demokratiebildung und helfen, mit unterschiedlichen Ansichten und Meinungen umzugehen. Sie nehmen unsere Geschichte des Nationalsozialismus als immerwährende Verantwortung in den Blick und das Erbe der friedlich gebliebenen Revolution. Damit sind sie ein sehr wichtiger Ort von Bildung und Begegnung mit kompetenten Mitarbeitenden, die gerade auf dem Land im Osten Deutschlands erhalten bleiben müssen.

Kultur macht unsere Heimat aus. Gerade auf dem Dorf sind Kulturangebote oftmals, neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der kirchlichen Jugendarbeit, die einzigen Orte neben der Schule, die Anknüpfungspunkte für Gemeinschaft und Engagement sind. Ob Chor oder Tanz, Malen oder Blaskapelle - mit der Kulturstiftung des Bundes oder vom Bund unterstützen Programmen wie „Land lebt doch“ oder „Neulandgewinner“ können solche ländlichen Projekte immer wieder gut unterstützt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sie künftig so ausgestattet sind, dass gute Projekte nicht am Geld scheitern, zumal in Ostdeutschland sehr viel weniger private Spenden oder Stiftungsgelder landen.

Auf geht’s!

Deutschland im Herbst 2026, wie wird es aussehen? Die Wahlen im September können eine große Wirkung über die jeweiligen Länder hinaus haben. Gleichzeitig ist es nicht weniger entscheidend, wie der Rest des Landes, wie die Politik darauf reagiert. Es geht nicht allein darum, die Demokratie zu verteidigen – es geht darum, sie zu leben, sie als alltägliche Haltung, vor allem auch als Tätigkeit zu begreifen. Ihr Versprechen zu erneuern.

Wir lieben unsere Demokratie. Sie braucht aber jeden Tag die Bereitschaft, sich selbst zu hinterfragen, für Offenheit im Diskurs einzutreten und den Menschen im Gegenüber zu sehen. Das ist unser Bündnisgedanke: Den Menschen zuzuhören und Fragen zu stellen, anderen Meinungen Raum zu geben und gleichzeitig unsere Positionen deutlich zu machen und für Zustimmung werben.

Nein, Deutschland ist nicht pauschal veränderungsmüde. Die Menschen sind es nicht. Viele, sehr viele, sind – ganz im Gegenteil – erneuerungsbegierig. Sie wollen den Kern dessen erhalten, was ihre Heimat prägt: Tradition und Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Geborgenheit und Sicherheit. Und sie wissen, dass sich dafür Dinge wandeln müssen, dass wir einiges ändern müssen. Sie sind bereit für Erneuerung. Wir sind es auch.